

Auswertung Workshop 2: Transformation des Energiesystems als Bürgerenergie- oder Industrie- oder Projekt?

Der Workshop befasste sich mit einem der zentralen Diskurse der Energie-Debatte: Sollen die politischen Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass mit der Transformation des Energiesystems eine direkte Partizipation der Bürger ermöglicht wird oder sollen die kompetenten und erfahrenen Großkonzerne befähigt werden, die komplexen Infrastrukturprojekte zu realisieren?

In der Vergangenheit wurde die Stromerzeugung im Wesentlichen durch vier große Unternehmen dominiert, da das System hauptsächlich auf Großprojekte mit entsprechenden hohen Investitionsbudgets und Risiken sowie langfristigen Refinanzierungszeiträumen ausgerichtet war. Mit dem EEG wurden Markteintrittsbarrieren für neue private Investoren aufgebrochen. Bürger konnten direkt in Stromerzeugungsanlagen investieren, ohne sich an einem Stromkonzern oder einem entsprechenden Fonds zu beteiligen. Sie beteiligen sich an Windparks, installieren PV-Anlagen auf dem Dach, ergänzen den landwirtschaftlichen Betrieb um eine Biogasanlage oder starten ähnliche Projekte. Mittlerweile wird mehr als ein Viertel des in Deutschland benötigten Stroms erneuerbar erzeugt und zur Hälfte werden die Anlagen von privaten Akteuren gehalten. Die wichtigsten Bausteine, die den Einstieg privater Akteure ermöglicht haben, waren der sichere Netzanschluss, die Einspeisegarantie und die Sicherung der Finanzierung durch eine garantierte und kostendeckende Vergütung des erneuerbar produzierten Stroms im EEG. So wurde eine breite Partizipation durch Bürger an der Energieversorgung ermöglicht. Mit dem Umbau des EEGs wurden aber neue Weichenstellungen eingeleitet.

Für den weiteren Zubau der erneuerbaren Energien ist es notwendig, einen gesamtgesellschaftlich effizienten Weg zu wählen, um durch ausufernde Kosten nicht die Unterstützung der Bevölkerung zu gefährden. Deswegen werden immer wieder Stimmen laut, die in der Energie-Debatte ein Industrie- oder Projekt sehen, ohne den politischen Anspruch auf eine Öffnung des Energiesystems für neue Akteure zu adressieren. Auf der anderen Seite wird es zunehmend wichtiger die Akzeptanz für neue Projekte bei den Bürgern vor Ort zu erhalten. Vertreter der Bürgerenergie-Debatte argumentieren immer wieder, dass die Beteiligung von Kleinanlegern wichtig für die Kapitalgenerierung und die Akzeptanzgewinnung vor Ort ist. Abgeleitet aus dieser Debatte wurden die folgenden Fragen in dem Workshop diskutiert:

Brauchen wir die Akteursvielfalt und ein starkes Engagement von Bürgern für die Transformation des Energiesystems?

Oder ist die Energie-Debatte als zentral organisiertes Industrie- oder Projekt anzugehen?

Energie-Debatte als Bürger- oder als Industrie- oder Projekt - wie sind für diese unterschiedlichen Ansätze die Rahmenbedingungen zu gestalten?

Zunächst stellte **Patrick Hochloff** vom Fraunhofer IWES in seinem [Vortrag](#) einige Forschungsergebnisse vor, die aufzeigten, dass mit der weiteren Umsetzung der Energiewende sehr große Investitionsvolumina finanziert werden müssen. Neben Großprojekten in der Stromerzeugung und im Netzausbau besteht langfristig ein hoher Investitionsbedarf im privaten Bereich der Wärmeversorgung, Energieeffizienz und E-Mobility, welcher zusätzlich von den Bürgern gestemmt werden muss. Um die Finanzierung der Infrastrukturmaßnahmen zu sichern wird auch ein breites Engagement der Bürger notwendig sein. Auch wenn komplexe Aufgaben mit einem hohen Managementaufwand eher ungeeignet für „sichere Geldanlagen“ sind, müssen neue Anlageformen erschlossen werden diese zu finanzieren, z.B. mit offenen Investmentfonds.

Fabian Zuber vom Bündnis für Bürgerenergie ergänzte mit in seinem [Beitrag](#), dass es bei einem Engagement von Bürgern nicht nur um die Finanzierung von Projekten geht, sondern es eine Akzeptanz stiftende Maßnahme sein kann, Bürger zu beteiligen. Viele Bürger beteiligen sich eher aus der Motivation heraus, dass sie mit der Investition sich direkt an einer ökologischen und nachhaltigen Energieversorgung mit einer regionalen Wertschöpfung beteiligen können. Solche Projekte tragen dazu bei, dass der Motor der Energiewende am Laufen gehalten werden kann.

Holger Gassner von RWE Innogy unterstrich als Vertreter eines der angesprochenen Energieversorger mit seinem [Vortrag](#) die Notwendigkeit eines Miteinanders und nicht eines Gegeneinanders von Bürger- und Industrieprojekten: „Wir brauchen alle Technologien, alle Finanzierungsquellen und alle Akteure“. Aus seiner Sicht gibt es wichtige Projekte die angestoßen werden müssen, da sie zentrale Bausteine der künftigen Energieversorgung darstellen. Hierzu zählte er u.a. den Ausgleich fehlender Einspeisung wenn Wind- und Sonnenenergie nicht geerntet werden kann und den Abgleich zwischen Verbrauch und Erzeugung. Die Konzerne engagieren sich zunehmend in solchen Zukunftsprojekten (siehe Smart Home oder Power-to-Gas). Zusätzlich werden auch die angesprochenen akzeptanzstiftenden Bürgerprojekte vor Ort notwendig sein. Dies zeigen auch Anfragen von RWE-Kunden, auf die der Konzern mit einem entsprechenden Angebot reagiert hat.

Prof. Dr. **Thorsten Beckers** von der Technische Universität Berlin, Fachgebiet Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik, machte abschließend in seinem [Vortrag](#) deutlich, dass die politischen Entscheider Wissen über die Ziele der Energiewende und die Beteiligung von Bürgern sowie Industrie identifizieren und entsprechende Anreizinstrumente ausgestalten müssen. Dabei ist genau zu betrachten, wer welchen Beitrag leisten kann und will. Die Interessen sind oft sehr unterschiedlich und „Bürger ist nicht immer gleich Bürger“. So verfolgen „Landeigentümer“ andere Interessen als „Verbraucher“. Wenn die politischen Entscheider solche Interessensunterschiede und Verteilungseffekte nicht ausreichend berücksichtigen, kommt es stärker zu Fehlsteuerungen.

Die Panel-Teilnehmer des Workshops und einige Stimmen aus dem Publikum waren sich aber grundsätzlich einig, dass weniger das Gegeneinander von Bürgerenergie-Projekten und Energiever-

sorgern herausgestellt werden sollte, da die Energiewende ein Zusammenspiel der Akteure notwendig macht. In der Diskussion wurde gemeinsam mit den Workshop-Teilnehmern herausgearbeitet, dass es wichtig für den weiteren Prozess der Energiewende ist, die Schnittstellen zwischen Industrie- und Bürgerenergie und ihre Beiträge zu identifizieren. Probleme einer Mehrebenen-Governance entstehen nur dann, wenn die Positionen auf den verschiedenen Ebenen nicht ausreichend berücksichtigt werden und Entscheidungen Top-Down an den Interessen der beteiligten und betroffenen Bürger vorbei durchgesetzt werden.